

# Landeskunde

Deutschland

*digital*

Deutsch als Fremdsprache B2 – C2



**TEIL 4:** Politik und öffentliches Leben  
mit kommunikativen Aufgaben

Aktualisierte Fassung **2024**

VERLAG für DEUTSCH  
Renate Luscher

**4. Politik und öffentliches Leben 83**

---

Das parlamentarische Regierungssystem	84
Europa und die EU	90
Die Medien – Presse, Rundfunk und Fernsehen	94
Schule und Studium	98
Berufliche Bildung	105
Weiterbildung	107

**Kommunikative Aufgaben und Anhang 1**

---

Lehrerblatt	2
Themen	3
Aufgaben 1-13	4-28
Literatur	31
Anmerkungen	32
Bildquellen	33

# 4. Politik und öffentliches Leben



Europäisches Parlament in Straßburg

Fraktion
<b>EVP</b> Christdemokraten, Konservative
<b>S&amp;D</b> Sozialdemokraten
<b>EKR</b> Konservative, EU-Skeptiker
<b>ALDE</b> Liberaler, Zentristen
<b>Grüne/EFA</b> Grüne, Regionalpartolen
<b>GUE/NGL</b> Linke, Kommunisten
<b>EFDD</b> EU-Skeptiker, Rechtspopulisten
<b>ENF</b> Rechtspopulisten, Rechtsextreme
<i>fraktionslos</i>

Anm.:  
Anhang  
S. 32

Reichstag in  
Berlin,  
Sitz des  
Bundestags





Grundlagen der politischen Ordnung

1. Die Grundrechte und die wesentlichen Elemente des parlamentarischen Systems sind im Grundgesetz festgelegt. Der erste Repräsentant des Staates ist der Bundespräsident. Er wird von der Bundesversammlung (= die Bundestagsabgeordneten und die Wahlmänner und -frauen, die von den Länderparlamenten bestimmt werden) für fünf Jahre gewählt. Durch seine Autorität soll er zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen ausgleichen. Er ist überparteilich und hat kaum politische Entscheidungsgewalt, äußert sich öffentlich aber auch zu aktuellen politischen Fragen. Seine Amtszeit ist auf zehn Jahre begrenzt.
2. Die Bürger wählen in freier und geheimer Wahl die Abgeordneten für den Deutschen Bundestag und die Länderparlamente sowie die Vertreter auf kommunaler und regionaler Ebene. Wahlberechtigt sind alle volljährigen deutschen Staatsbürger. (Volljährig ist, wer das 18. Lebensjahr vollendet hat.) Gewählt wird nach dem Verhältniswahlrecht.
3. Der Bundestag beschließt die Gesetze und wählt auf Vorschlag des Bundespräsidenten den/die Bundeskanzler/in. Der/Die Bundeskanzler/in wiederum bestimmt die Minister und bildet zusammen mit ihnen die Bundesregierung. Er/Sie legt die Richtlinien der Politik fest.

### Das Stichwort Verhältniswahlrecht

Jeder Wähler hat zwei Stimmen: Mit der ersten Stimme wählt er den Direktabgeordneten seines Stimmkreises, mit der zweiten Stimme eine Partei. Die Sitze im

Parlament werden dann im Verhältnis der abgegebenen Stimmen verteilt. Eine adäquate Vertretung der Minderheit ist damit gesichert. Wenn eine Partei in den Bundestag gelangen will, muss sie im Regelfall mehr als 5% der Zweitstimmen auf sich vereinen (sogenannte 5%-Klausel). Damit soll eine Zersplitterung in viele kleine Parteien vermieden werden.

Im Bundesrat sind die Bundesländer vertreten. Ihre Mitglieder sind Vertreter der Landesregierungen. Bei der Verabschiedung von Gesetzen wirkt der Bundesrat mit; in bestimmten Fällen ist seine Zustimmung erforderlich (siehe Teil 2, S. 25).

### Das Stichwort Repräsentative Demokratie

Klassische liberale Demokratien sind stark durch ihre Parlamente und durch direkte Demokratie für lokale Themen. Angegriffen werden sie von Populisten, die ihnen fälschlicherweise „Volksferne“ vorwerfen. Richtig ist, dass Demokratie Arbeit bedeutet. Komplexe Probleme brauchen intensive Bearbeitung bis hin zu Kompromissen, die nicht über Nacht zu bekommen sind. Demokratie hat auch eine kulturelle Komponente, nämlich den Respekt vor anderen und Andersdenkenden. Um die Demokratie zu stärken, entstehen seit 2023 Bürgerräte mit durch Los ausgewählten Mitgliedern, die alle Gruppen der Gesellschaft vertreten. Sie beraten Kommunen und auch den Bundestag.

4. Neben Bundesregierung (= Exekutive), Bundestag und Bundesrat (= Legislative) ist das Bundesverfassungsgericht (= Judikative) in Karlsruhe der dritte unabhängige Träger der Staatsgewalt (Gewaltenteilung). Dieses höchste deutsche Gericht überwacht die Einhaltung des Grundgesetzes. Es wird relativ oft angerufen.

Der Europäische Gerichtshof in Brüssel (EuGH) vertritt europäisches Recht und das Bundesverfassungsgericht deutsches Recht. Die Grundrechte des Grundgesetzes überschneiden sich mit den umfangreicheren 50 Grundrechten der EU-Charta.

## Europa und die EU

### 1. Ein Rückblick

**1949** Gründung des Europarats: Er bemüht sich um die Zusammenarbeit seiner Mitgliedstaaten auf sozialem, kulturellem, wirtschaftlichem und wissenschaftlichem Gebiet.

**1950** Europäische Menschenrechtskonvention: Der Europarat erklärt sich gegen Fremdenfeindlichkeit, für Minderheitenrechte und für die Demokratisierung in bestimmten Ländern.

**1951** Gründung einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), später bekannt als Montanunion.

**1957** Römische Verträge: Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM). Die EWG zählte sechs Gründungsmitglieder: Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande. Man einigte sich auf die Freizügigkeit der Arbeitnehmer in den Mitgliedstaaten, auf eine einheitliche Agrarpolitik und Zusammenarbeit in der Außenpolitik.

**1967** Zusammenlegung von EWG, EGKS und EURATOM zur Europäischen Gemeinschaft = EG genannt: Es gelang, die Zölle zwischen den Mitgliedstaaten abzubauen und einen gemeinsamen Außenzoll zu schaffen.

**1979** Europäisches Parlament: Zum ersten Mal können die EG-Bürger die Abgeordneten für Europa direkt wählen.

**1985** Schengener Abkommen: Die Aufhebung der Binnengrenzen zwischen 15 EU-Staaten wurde beschlossen (siehe S. 92).

**1989/90** Ende des West-Ost-Konflikts. Die Union erweitert sich nach Osten.

**1992** Maastrichter Vertrag: 1993 tritt der Vertrag in Kraft und die EG heißt offiziell Europäische Union (EU). Der Vertrag wird aus drei Säulen gebildet: 1. der Wirtschafts- und Währungsunion, 2. der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und 3. der innen- und justizpolitischen Zusammenarbeit der EU-Staaten. Außerdem stimmen sich die Staaten bei Verbraucherschutz, Umweltfragen, Gesundheitswesen und Entwicklungshilfe ab.

**1993** Beginn des Europäischen Binnenmarkts (siehe Teil 6, S. 143 ff.): Er gewährleistet den freien Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital. Am 1. Januar 1994 traten die EFTA-Länder Finnland, Island, Norwegen, (Liechtenstein,) Österreich und Schweden ohne die Schweiz dem Europäischen Binnenmarkt bei und schufen – unter Berücksichtigung vieler Sonderwünsche – den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR). Drei von ihnen gehören seit Anfang 1995 zur EU (siehe Tabelle unten).

**1999** „Euroland“: Es begann mit dem bargeldlosen Zahlungsverkehr. Mitte des Jahres 2002 wurde dann die Deutsche Mark aus dem Verkehr gezogen und es galt nur noch der Euro.

**2004** Zehn neue Mitgliedstaaten treten der Union bei: Estland, Lettland, Litauen, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Ungarn, Polen, Malta, Zypern. Europa ist vereint.

**2008** Finanzkrise: Die wirtschaftlich schwächeren Staaten geraten unter Druck. Milliarden schwere Finanzspritzen und Rettungspakete verhindern Pleiten und das Scheitern des Euro.

**ab 2015** Flüchtlingskrise: Aus dem Nahen Osten und aus afrikanischen Staaten strömen Flüchtlinge nach Europa und Deutschland. Manche Staaten schließen die Grenzen und nehmen keine Flüchtlinge mehr auf.

**2022** Russland greift die Ukraine an; Millionen fliehen in die EU. Die Hilfebereitschaft in allen Ländern ist groß.

**ab 2022** Lieferung von Waffen an die Ukraine.

### Der Europäische Wirtschaftsraum (EWR)

(In Klammern das Jahr des Beitritts in die EU)

EU (Europäische Union)	EFTA
Belgien* (1958)	Island
Bulgarien (2007)	Liechtenstein
Dänemark (1973)	Norwegen
Deutschland* (1958)	Schweiz**
Estland* (2004)	
Finnland* (1995)	
Frankreich* (1958)	
Griechenland* (1981)	
Großbritannien (1973)***	
Irland* (1973)	
Italien* (1958)	
Kroatien (2013) *2023	
Lettland* (2004)	
Litauen* (2004)	
Luxemburg* (1958)	
Malta* (2004)	
Niederlande* (1958)	
Österreich* (1995)	
Polen (2004)	
Portugal* (1986)	
Rumänien (2007)	
Schweden (1995)	
Slowakei* (2004)	
Slowenien* (2004)	
Spanien* (1986)	
Tschechien (2004)	
Ungarn (2004)	
Zypern* (2004)	

EFTA = European Free Trade Association (zahlreiche Abkommen mit der EU; seit 1997 Freihandelszone mit Kanada)  
 \*Euro-Währung  
 \*\* Mitglied der EFTA, nicht des EWR  
 \*\*\* Ausgetreten am 31.01.2020. Noch bis Ende 2020 im Binnenmarkt und in der Zollunion.



## Das Stichwort Handwerksordnung

*Die Handwerksordnung regelt, unter welchen Bedingungen sich ein Handwerker selbstständig machen kann. In Deutschland muss ein Handwerker, der einen Betrieb gründet, eigentlich die Meisterprüfung haben. Diese Tradition der mittelalterlichen Zünfte hat sich bis in die Gegenwart erhalten, um Qualität zu garantieren.*

Das Handwerksrecht wurde 2004 aber dahingehend geändert, dass einfache Handwerksarbeiten von jedermann angeboten werden können. Das sind Arbeiten wie zum Beispiel Malern, die in zwei bis drei Monaten erlernbar sind. Insgesamt sind es 53 Berufe, die keine Meisterprüfung mehr erfordern. Diese Hürde existierte noch für 41 Berufe, z.B. für Maurer oder Bäcker. Handwerkskammern forderten die Rückkehr zum Meisterzwang in einigen Berufen, um die Qualität der Arbeit anzuheben. Für 12 Berufe, z.B. für Fliesenleger, ist 2019 die Meisterprüfung wieder eingeführt worden. Es gibt allerdings die Möglichkeit, mit der finanziellen Hilfe des Meister-Bafögs (Bundesausbildungsförderungsgesetz) die Meisterprüfung nachzuholen.

5. Noch nicht alltäglich ist, dass Frauen einen Handwerksberuf wie Schreiner, Dachdecker oder Ofenbauer ergreifen. Nur etwa ein Drittel ist weiblich. „Keine Frau auf dem Bau“ galt bis 1994, ein Beschäftigungsverbot. Die Folge ist, dass Vorbilder in der Baubranche fehlen und überholtes Rollenverständnis in den Köpfen sitzt. Der Kunde zieht noch immer einen Mann am Telefon vor, wenn ein Fachmann verlangt wird. Neu ist dennoch, dass Betriebe aktiv um Mitarbeiterinnen werben.

6. Thema „Berufswahl und Zukunftsträume“: Hierzu drei Artikel und ein Porträt:

### Wandel in der Landwirtschaft

Bonn (AP) –Einige Bauern haben neue Erwerbsquellen entdeckt. Sie betreiben Biogasanlagen und speisen Solarstrom ein, sind Bauer und Energiewirt zugleich. Die Folge: Mais-Monokulturen sind entstanden und die Artenvielfalt geht zurück. Nach den Boom-Jahren wurden die Zuschüsse für Neubauten schließlich reduziert. Die Energieerzeugung mit Biogas bekommt in Zeiten der Energiekrise aber einen neuen Stellenwert. Andere betreiben Crowdfunding und finanzieren damit vor allem regionale und Bio-Produkte, die sie über Hofläden verkaufen. Aber vielfach fehlt der Nachwuchs. Dazu kommen niedrige Preise für Agrarprodukte, sodass Bauern aufgeben und die nächste Generation lieber ein Studium in der Stadt beginnt. Der Verbraucher müsste bereit sein, für gute Produkte einen höheren Preis zu zahlen. Dann würden sich mehr Bauern für die Bio-Landwirtschaft interessieren.

Die Bürger fordern einen Wandel in der Landwirtschaft: mehr Umwelt-, Tierwohl und Klimaschutz. Massentierhaltung und Antibiotika, Produktionssteigerung durch Pflanzengifte und Überdüngung werden nicht mehr kritiklos hingenommen, denn immer mehr Arten, z.B. Insekten, sterben aus. Der Weltbiodiversitätsrat stellte 2019 fest, dass etwa eine Million Tier- und Pflanzenarten vom Aussterben bedroht sind. Schuld ist der Mensch, der zulässt, dass sich Siedlungsgebiete ausweiten und intensive Landwirtschaft betrieben wird. Subventioniert wird die Fläche und der Bio-Landbau hat nur einen Anteil von 11% (2021). Auf der anderen Seite beschweren sich Bauern über zu niedrige Preise und immer mehr Bürokratie. Auch die negativen Folgen des Klimawandels und die Energiepreise machen ihnen zu schaffen.

Christine Freudenberg

# Kommunikative Aufgaben zu „Landeskunde Deutschland“

VERLAG für DEUTSCH  
Renate Luscher



## Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Lerner,

mit den freien downloadbaren kommunikativen Aufgaben möchten wir das Angebot der „Landeskunde Deutschland“ für Sie erweitern. Oft wurde der Verlag für Deutsch schon darauf angesprochen. Nun sind sie da und wir freuen uns über diese Innovation!

Wir wünschen Ihnen viele spannende und anregende Gespräche und Diskussionen mit Ihren Deutschlernern.

Ihr Team vom Verlag für Deutsch

### Für wen sind die Aufgaben geeignet?

Die Aufgaben richten sich an Lernergruppen im In- und Ausland, die mit dem Buch „Landeskunde Deutschland“ arbeiten. Das Mindestniveau sollte B1+ sein.

### Wie sind die Aufgaben aufgebaut?

Die Aufgaben sind direkt ausdrückbar und anwendbar.  
Das Layout ist klar, schlicht gehalten und tonerschonend.

Am Anfang jeder Übung finden Sie folgende Hinweise:

- Art der Übung (z.B. Sprechen, Recherche)
- Vorschlag zur Durchführung (z.B. Partnerinterview, Pro-Contra-Diskussion)
- Tipps (z.B. Vokabeln zur Vorentlastung)
- wann sich die Übung anbietet (z.B. vor/nach dem Lesen eines Kapitels)
- Dauer der Aktivität (Die Angabe zur Dauer gilt als Orientierung und Empfehlung. Je nach Gruppe und Niveau kann das variieren.)
- Seitenreferenz zum Buch „Landeskunde Deutschland“

### Auswahl an Themen

Lernernah! Wir haben offene kommunikative Sprechaufgaben ausgearbeitet, die Lerner beim Lesen der „Landeskunde Deutschland“ besonders interessieren und oft gerne diskutieren.

Einen Überblick zu den ausgewählten Themen entnehmen Sie bitte der Seite „Themen“ im Download des jeweiligen Kapitels.

### Ziel

Wir hoffen, durch viele Partnerinterviews, Klassenumfragen, Pro-Contra-Diskussionen zu aktuellen Themen zu einer vertieften Meinungsbildung beitragen zu können. Wir wollen Möglichkeiten bieten, eigene Gedanken, Beispiele und Erfahrungen mit der deutschen Sprache authentisch zu verknüpfen und dabei Vokabeln zu lernen, die man beim eigenen Sprachgebrauch im Gespräch verwenden kann.

## Kapitel IV

# Politik und öffentliches Leben

### Themen

Aufgabe	Thema	Art	In der Landeskunde
1	Politik – und du?	Partnerinterview oder Klassenumfrage	S. 84ff.
2	Die deutschen Parteien	Recherche und Präsentieren	S. 87ff.
3	Deutsche Politiker	Recherche und Präsentieren	S. 87ff.
4	Die beste Gesellschaft	Diskussion mit Einigung	S. 84ff.
5	Ist das schon rechts?	Diskussion	S. 84ff.
6	Die EU – und du?	Partnerinterview oder Klassenumfrage	S. 90ff.
7	Ist die EU zu groß?	Pro-Contra-Diskussion	S. 90ff.
8	Medien: Zeitungen und Fernsehsender	Partnerinterview oder Klassenumfrage	S. 94ff.
9	Deutsche Medien	Recherche und Präsentieren	S. 94ff.
10	Die Schulzeit	Partnerinterview oder Klassenumfrage	S. 98f.
11	Zentralabitur?	Pro-Contra-Diskussion	S. 98ff.
12	Dein Studium	Partnerinterview oder Klassenumfrage	S. 101ff.
13	Ein Semester oder zwei Semester?	Pro-Contra-Diskussion	S. 101ff.

### AUFGABE 8

Was?	Sprechen
Vorschlag	Partnerinterview oder Klassenumfrage Hier können Sie entscheiden, was vom Ablauf her besser passt.
Wann?	Nach dem Lesen von Kapitel IV
Wie lange?	Partnerinterview: 10-14 Min Klassenumfrage: 15-18 Min
Tipp	Vokabeln vorab zum Thema Medien: z.B. <i>private/öffentliche Sender, die Meinungsfreiheit, die Pressefreiheit, die Einschaltquoten (Pl.), die Leserschaft, gedruckte Zeitungen, für die breite Masse</i>  Hier brauchen die Lerner eine Phase, in der sie sich vorher Notizen machen und nach Vokabeln fragen können. (ca. 12 Min)  Hier kann man die Lerner auf die langsam gesprochenen Nachrichten der Deutschen Welle hinweisen. (Siehe Internet)
In der Landeskunde	Seite 94ff.

## Medien: Zeitungen und Fernsehsender

### Aufgabe

- a) Frage deinen Partner/deine Partnerin oder  
b) Frage 4 bis 5 weitere Studenten aus deinem Kurs.

1. Wo informierst du dich am liebsten zu aktuellen Nachrichten?  
In der Zeitung, im Fernsehen oder online im Internet? Warum?
2. Liest du noch viel Zeitung? Wann am liebsten?
3. In Deutschland gibt es zum Beispiel die ARD und das ZDF als nationale Fernsehsender. Sie sind unabhängig vom Staat und der Privatwirtschaft und wollen so neben den privaten Sendern eine objektive Nachrichtenvermittlung ermöglichen. Wie ist die Situation in deinem Land: Sind die Nachrichten unabhängig? Immerhin gibt es in vielen Ländern eine Pressefreiheit.
4. Sollte man gedruckte Zeitungen ganz abschaffen? Es reicht doch, wenn man sie digital lesen kann! Was meinst du dazu?



[www.pixabay.com/stevepb-282134](http://www.pixabay.com/stevepb-282134)